

MoZ. 10-11/01/15

die niemanden ärrégt, wenn steht durchaus

Begrenzter Einfluss

In den ostdeutschen Ländern werden die steigenden Bodenpreise in der Landwirtschaft sowie der großflächige Einstieg von Investoren mit großer Sorge verfolgt, doch mehr als die Bildung von Arbeitsgruppen wurde auf politischer Ebene bislang nicht erreicht. Die Instrumente, um in den Markt einzugreifen, sind eben äußerst begrenzt.

Daher muten beispielsweise die Bestrebungen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, dem Bund die restlichen ehemaligen DDR-Agrarflächen abzukaufen, fast schon hilflos an. Die für viele Bauern nachteilige Entwicklung wird sich dadurch kaum stoppen lassen. Diese Vorstöße kommen darüber hinaus eindeutig

zu spät, da mittlerweile schon ein Großteil der Äcker von der Bodenverwertungsgesellschaft veräußert wurde. Brandenburg hat sich hier zu Recht zurückgehalten.

Der Strukturwandel wird auch nicht durch die von vielen Bauern gewünschten gesetzlichen Korrekturen aufgehalten werden können. Allein schon die Forderung, nur ortsansässige Landwirte bei Flächenverkäufen zu bevorzugen, steht auf juristisch wackligen Füßen – zumal Brüssel dort noch ein entscheidendes Wort mitreden wird. Die Landesregierung sollte dagegen alles unternehmen, um auch kleinen Betrieben durch eine kluge Förderpolitik unter die Arme zu greifen.

HENNING KRAUDZUN

Große Nachfrage lässt Bodenpreise steigen

Bund nimmt 507 Millionen Euro ein

Berlin (hek) Die Preise für Agrarflächen haben erneut deutlich angezogen. Wie die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) am Freitag in Berlin mitteilte, mussten Käufer für Äcker und Grünland in den ostdeutschen Ländern im Vorjahr durchschnittlich 17 300 Euro pro Hektar bezahlen, was einen Anstieg um zwölf Prozent gegenüber 2013 bedeutete. In Brandenburg wurden im Schnitt 13 700 Euro je Hektar verlangt – ein Rekordwert. Insgesamt wechselten 2014 bei Verkäufen durch die Treuhand-Nachfolgerin in Ostdeutschland knapp 34 000 Hektar Acker-

land den Besitzer, 10 000 Hektar allein in Brandenburg. Das brachte einen Gewinn von 507 Millionen Euro ein, der an den Bund abgeführt wurde.

Grund für die weiter steigenden Bodenpreise sei die erhöhte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, sagte der Geschäftsführer der Gesellschaft, Stefan Schulz. Gleichzeitig sei immer weniger Agrarland auf dem Markt verfügbar. Kritik aus Reihen der Bauern, die bisherigen Ausschreibungspraktiken der BVVG würden Investoren anziehen, wies Schulz zurück. Die Flächen seien meist an örtliche Betriebe veräußert worden. (Kommentar Seite 2; Seite 10)